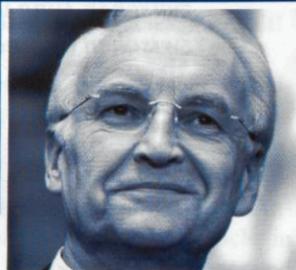


Edmund Stoiber: Wir brauchen am 22. September den **Wechsel** in Deutschland

Rede des gemeinsamen
Kanzlerkandidaten von
CDU und CSU anlässlich
des Arbeitsmarkt-
kongresses der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion am
30. April in Zwickau



*Für diesen
Wechsel
werde ich,
werden wir,
CDU und CSU,
mit aller
Kraft
kämpfen.*



- *Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem innovative Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen.*
- *Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem sich Leistung und Arbeit lohnen, in dem selbstbewusste Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und Verantwortung tragen.*
- *Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem trotz der demografischen Entwicklung die soziale Balance zwischen Jung und Alt, zwischen Schwachen und Starken, zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten gewahrt bleibt.*

Vor rund sechs Wochen hat der erste Arbeitsmarktkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Gelsenkirchen stattgefunden. Wir haben mit Experten aus Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Politik Lösungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland diskutiert.

Heute treffen wir uns in Sachsen, in Zwickau. Es geht um die spezifischen Probleme der jungen Länder. Ich möchte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Friedrich Merz an der Spitze herzlich für die Ausrichtung dieser wichtigen Veranstaltung danken.

Die CDU hat bei den Landtagswahlen vor einer Woche einen überwältigenden Vertrauensbeweis der Menschen in Sachsen-Anhalt bekommen:

- Die CDU wurde mit weitem Abstand stärkste Partei im Land.
- Die CDU hat trotz gesunkener Wahlbeteiligung als einzige Partei neben der FDP Stimmen hinzugewonnen: über 100.000 Stimmen plus. Die SPD hat über 300.000 Wählerinnen und Wähler verloren, die PDS fast 60.000.
- Die CDU wurde von allen Gruppen und Bevölkerungsschichten gleichermaßen gewählt. Bemerkenswert dabei: Sowohl unter den Arbeitslosen als auch unter den Arbeitern wurde die CDU mit Abstand stärkste Kraft. (37 % bzw. 40 %, ZDF)
- Die CDU wurde in allen Altersschichten stärkste Kraft. Besonders erfreulich das

gute Abschneiden bei den Erst- und Jungwählern.

- Und die Union insgesamt hat jetzt im Bundesrat die Gestaltungsmehrheit zurückgewonnen.

An dieser Stelle nochmals ein ganz herzlicher Glückwunsch nach Magdeburg, an Wolfgang Böhmer und an alle Freundinnen und Freunde von der CDU in Sachsen-Anhalt:

- Ihr habt einen großartigen Wahlkampf gemacht!
- Alles Gute für die Koalitionsverhandlungen in den nächsten Wochen! Und dann heißt es: Anpacken für Sachsen-Anhalt!

Die Wahlforscher sind sich über die beiden wichtigsten Gründe für dieses Ergebnis einig:

ERSTENS: Die Menschen in Sachsen-Anhalt hatten es einfach satt, Schlusslicht in Deutschland zu sein. Reinhard Höppner und die SPD haben Sachsen-Anhalt zum Schlusslicht in Deutschland heruntergewirtschaftet. Die PDS hat daran tatkräftig mitgewirkt. Die Menschen spürten aber: Sachsen-Anhalt, das Land im Herzen Deutschlands, hat aber mehr verdient als den Platz am Tabellenende.

ZWEITENS: Wolfgang Böhmer und die CDU in Sachsen-Anhalt haben eine glaubwürdige Alternative zur Politik der SPD im Land angeboten. In den Meinungsumfragen lag die CDU in sämtlichen Politikfeldern bei der Problemlösungskompetenz vor der SPD.

Natürlich war Sachsen-Anhalt keine Testwahl für die Bundestagswahlen. Aber die Lehre aus Sachsen-Anhalt gilt auch für den Bund: Wer das Land, das ihm anvertraut ist, zum Schlusslicht macht, wird abgewählt!

Ich freue mich, dass Bundeskanzler Schröder zu einem Fernsehduell mit mir bereit ist. Er sagt sogar, er ist dazu „stehend, sitzend und auch liegend“ bereit. Ich nehme sein Angebot gerne an! Mir ist es dabei aber egal, ob Schröder steht, sitzt oder liegt. Mir kommt es allein auf die Aufrichtigkeit an! Zu dieser Aufrichtigkeit gehört, dass wir über die zentralen Probleme in Deutschland diskutieren!

In allen wichtigen Bereichen Schlusslicht in Europa

Tatsache ist: Deutschland ist heute in allen wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Bereichen Schlusslicht in Europa!

- Schlusslicht in Europa beim Wirtschaftswachstum,
- Schlusslicht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Spitze ist Deutschland dagegen bei der Neuverschuldung und bei Unternehmenspleiten.

Das ist kein Schlechttreden des Standortes Deutschland. Das ist bittere Realität!

Und über diese Fragen wollen wir uns mit Gerhard Schröder und der SPD auseinandersetzen!

Es geht doch im September nicht um die Wahl „Wollt Ihr Schröder oder wollt Ihr Stoiber?“. Es geht um politische Inhalte! Gerade die Menschen in Deutschland, die arbeitslos sind, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben wollen nicht nur Köpfe, sie wollen Konzepte sehen!

Zu einer solchen aufrichtigen politischen Auseinandersetzung gehört auch eine ehrliche Bilanz der „Chefsache“, zu der Schröder den Aufbau Ost machen wollte.

Wenn man sich heute, 2002, die Ergebnisse der Politik von Gerhard Schröder anschaut, war die Ankündigung mit der Chefsache eine Drohung! Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland hat sich gegenüber 1998 deutlich verschlechtert.

- Das Wirtschaftswachstum ist stark rückläufig. Im Jahr 2001 ging die Wirtschaftskraft erstmals seit der Wiedervereinigung zurück.
- Der Osten wird so immer mehr abgehängt. Es ist dieser Bundeskanzler, der die ökonomische Spaltung unseres Landes nicht verringert, sondern vergrößert hat.
- Und: Die Arbeitslosigkeit steigt. 2002 wird die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreichen!

Davon will Schröder nichts wissen. Beim Ost-Parteitag der SPD (14.03.02) stellt er sich hin, redet seine Politik schön und spricht von „Karawanen aus Bayern, die vergiftete Geschenke auf dem Rücken haben“.

Mit solchen dümmlichen Sprüchen gewinnt man keine Wahlen! Die Menschen wollen Lösungen für ihre Probleme, keine Polemik!

Beim Aufbau Ost wurde auch viel erreicht: in Sachsen, in Thüringen

Trotz der wirtschaftlichen Daten dürfen wir eines nicht vergessen: Beim Aufbau Ost wurde auch viel erreicht. Der Aufbau Ost ist vielerorts eine Erfolgsgeschichte! Gerade Zwickau und der Freistaat Sachsen sind Bei-

spiele für beeindruckende Fortschritte. Gemeinsam mit Thüringen steht Sachsen bei allen wirtschaftlichen Kennzahlen an der Spitze der neuen Länder: Niedrige Arbeitslosigkeit, höchstes Wirtschaftswachstum, gesunde Staatsfinanzen, niedrigste Sozialhilfequote.

Diese Erfolge sind natürlich in erster Linie ein Verdienst der Menschen!

Ich habe in den letzten Monaten viele lange Gespräche mit den Menschen in den neuen Ländern geführt. Ich bin davon tief beeindruckt:

- Was hier im Osten geleistet wird – an Einsatzbereitschaft, an Verzicht – das wissen die Menschen im Westen Deutschlands viel zu wenig!
- Jeder zweite im Osten arbeitet heute in einem anderen Beruf als vor 1989. Diese Flexibilität, dieser Mut, etwas Neues anzupacken ist im Westen in diesem Ausmaß unvorstellbar!

Die besonderen Erfolge in Sachsen und Thüringen sind aber auch ein Verdienst der Politik im Land. Und diese Politik macht in beiden Ländern nicht von ungefähr die CDU!

- Bernhard Vogel kämpft seit 1992 als Ministerpräsident wie der Thüringer Löwe im Landeswappen für den Erfolg in Thüringen!
- Kurt Biedenkopf war ein Glücksfall für Sachsen! Zwölf Jahre lang, von 1990 bis zum 17. April 2002, hat er die Verantwortung für das Land und die Menschen in Sachsen getragen. Mit seiner ganzen politischen Leidenschaft und intellektuellen Brillanz hat er für „sein“ Sachsen gekämpft. Dafür gebührt ihm unser aller Dank!

- Georg Milbradt hat als langjähriger Finanzminister maßgeblichen Anteil an den Erfolgen Sachsens. Und jetzt wird er mit vollem Einsatz für den weiteren Erfolg Sachsens kämpfen!

Zwischen Bayern und Sachsen hat sich eine hervorragende Partnerschaft entwickelt. Sachsen war das Partnerland Bayerns nach der Wende. Ich denke auch an viele gemeinsamen Sitzungen beider Regierungen und an zukunftsweisende Projekte wie die baye-risch-sächsische Zukunftskommission.

Ich freue mich auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit mit Ihnen, lieber Herr Ministerpräsident Milbradt!

Sachsen war eines der industriellen Kernländer Deutschlands. Krieg und Sozialismus haben diese große Tradition vielfach zerstört. Hieran wollen wir wieder anknüpfen!

Namen wie Horch, Wanderer, Audi DKW oder dann die Auto-Union Chemnitz hatten europaweit einen hervorragenden Ruf. 1938 kam jedes fünfte Auto, das in Deutschland gebaut wurde, aus Zwickau!

Ich halte es deshalb für einen besonderen Erfolg, dass sich der mitteldeutsche Raum wieder zu einem Zentrum der deutschen Automobilindustrie entwickelt.

- Opel in Eisenach,
- Volkswagen in Zwickau, Chemnitz und Dresden,
- BMW und Porsche bauen in Leipzig,
- und DaimlerChrysler-Mitsubishi wird in Thüringen bald in einem hochmodernen Werk Motoren herstellen. Ein Drittel davon soll sogar nach Japan exportiert werden!

Allein in Sachsen finden heute 60.000 Menschen in den mehr als 350 Unternehmen der Automobilindustrie und ihren Zulieferern Beschäftigung! Diese Erfolge kommen

nicht von ungefähr. Sie erfordern den harten Einsatz der Politik für das Land!

Hauptsorge der Menschen in Deutschland ist und bleibt die hohe Arbeitslosigkeit – mit allen negativen Folgen.

Arbeitslosigkeit nimmt vielen Menschen Hoffnung und Lebensperspektive. Elisabeth Noelle-Neumann schreibt dazu im März in der FAZ (20. März):

„Die Demoskopie zeigt bereits nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit die gesellschaftlichen Schäden für den Einzelnen. Der Bekanntenkreis bröckelt ab, die Einladungen gehen zurück, die Freizeit wird monotoner genutzt.“

Und weiter heißt es eindringlich: „Der größte Schaden der Arbeitslosigkeit liegt nicht im Materiellen. Er liegt vor allem daran, dass man sein Selbstbewusstsein verliert. Und Selbstbewusstsein ist die eigentliche Quelle von Glück.“

Die Arbeitslosigkeit ist ein besonderes Problem der jungen Länder. Hier ist ja nahezu jede Familie direkt von den Folgen der Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen

Mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu schaffen ist daher die zentrale Herausforderung für die Politik! Natürlich gibt es für den Aufbau Ost keine Patentrezepte, aber die ruhige Hand und ein paar PR-trächtige Sommerreisen des Bundeskanzlers bringen den Osten bestimmt nicht voran.

Ich verspreche Ihnen nicht das Blaue vom Himmel. Aber ich verspreche Ihnen eines: So wie ich mich in den vergangenen acht Jahren für Bayern eingesetzt habe und einsetze,

so will ich mich auch für die Menschen in ganz Deutschland einsetzen, besonders in den jungen Ländern.

Es liegt im Interesse aller Deutschen, dass der Osten wieder nach vorne kommt. Wenn es nicht gelingt, den Abstand zwischen den alten und neuen Ländern zu verringern und den Osten nach vorne zu bringen, dann wird Deutschland insgesamt vom letzten Platz in Europa nicht wegkommen. Deshalb sagen wir ganz bewußt: Auf den Osten kommt es an!

CDU und CSU haben schon im März konkrete Vorschläge für eine umfassende Offensive Zukunft Ost vorgelegt. Vielen Dank Günter Nooke, der hier entscheidend mitgearbeitet hat!

Erstens: Existenzgründer- und Innovationsoffensive Was wir in den neuen Ländern vor allem brauchen, sind mehr mittelständische Unternehmen, mehr Existenzgründer! Die ist noch viel zu gering!

Bei aller Bedeutung der großen Industrieansiedlungen: Neue Stellen entstehen in erster Linie beim Mittelstand! Jeder Existenzgründer schafft im Schnitt zwei bis drei neue Arbeitsplätze!

Alles tun, um in den neuen Bundesländern den Mittelstand zu fördern

Wir müssen deshalb gerade in den neuen Ländern alles tun, um den Mittelstand zu fördern! Deshalb werden wir eine Existenzgründer- und Innovationsoffensive für den Mittelstand im Osten starten. Persönlichkeiten wie August Horch (Automobilwerke), Friedrich von Siemens oder Ferdinand August Lange (Uhren aus Glashütte) haben Sachsen im 19. Jahrhundert mit Erfindungsreichtum, Einsatzbereitschaft und Tatkraft zur industriellen Blüte geführt. Daran müs-

sen wir heute anknüpfen!

Ganz entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der neuen Länder ist der Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur.

Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung beim Aufbau Ost dem Ausbau der Verkehrswege oberste Priorität eingeräumt: 17 „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ – neun betreffen die Schiene, acht die Straße – wurden auf den Weg gebracht.

Daran müssen wir anknüpfen! Als Aufbruchsignal für den Osten Deutschlands werden wir den Infrastrukturausbau in den neuen Ländern vorantreiben. Schwerpunkte sind:

- die verbesserte Anbindung der Regionen an die großen Verbindungsachsen,
- die Ertüchtigung des Schienennetzes und
- eine verbesserte Verkehrsverbindung zu den EU-Beitrittsländern.

Ich begrüße es ausdrücklich, wenn Gerhard Schröder auf dem Ost-Parteitag der SPD ankündigt, die A72 von Leipzig nach Chemnitz endlich zu bauen. Aber das ist dann doch etwas nebulös: Er soll bitte klar sagen, wann er die Mittel bereit stellt! (Schröder auf dem Ost-Parteitag der SPD: „Anpacken wollen wir bei den Straßenbauprojekten die A72 von Leipzig nach Chemnitz.“)

Zur Finanzierung: Privatisierungserlöse, Mittelumschichtungen, Haushaltsspielräume aus Wirtschaftswachstum

Zur Finanzierung dieser Programme wollen wir auf Privatisierungserlösen durch die Veräußerungen von Bundesver-

mögen, auf Mittelumschichtungen im Bundeshaushalt und auf zusätzlichen Haushaltsspielräumen aufgrund stärkeren Wirtschaftswachstum zurückgreifen.

Praktisch kostenlos ist dagegen eine weitere zentrale Maßnahme unserer Offensive Zukunft Ost:

Deutschland hat heute mit die höchste Bürokratiedichte aller Länder. Für die Gründung einer GmbH sind in Großbritannien nur sieben Tage, in den USA zehn Tage, in Deutschland aber rund vier Monate notwendig (Wirtschaftswoche, 14. Februar).

Darunter leiden vor allem die jungen Länder, die sich ja anders als der Westen noch im Aufbau befinden! Kurt Biedenkopf hat in seiner letzten Regierungserklärung hierzu ein treffendes Zitat gebracht: „Gründerland braucht andere Regeln als Erbenland!“

Deshalb wollen wir, CDU und CSU, in diesen Bereichen den neuen Länder mehr Freiheiten geben, neue Rechtsformen und Experimentierklauseln zu erproben.

Ich habe Ihnen einige Schwerpunkte unserer „Offensive Zukunft Ost“ skizziert. Wir wollen damit den Menschen im Osten eine neue Zukunftsperspektive geben. Das gilt vor allem für die jüngeren Leute, die in ihrer Heimat für sich oft keine Zukunft mehr sehen und abwandern.

Die Abwanderung junger und kreativer Menschen aus dem Osten muss gestoppt werden. Es berührt die Familien, die Nachbarschaft, die Dorfgemeinschaft unmittelbar, wenn die Jugend geht.

Gerhard Schröder ist in seiner Grundsatzzrede auf dem sogenannten Ost-Parteitag der SPD im Magdeburg (am 14.03.) mit keinem einzigen Wort auf die steigende Abwanderung junger Menschen eingegangen! Das ist doch bezeichnend! Das scheint ihn gar nicht zu interessieren!

Und anstatt etwas gegen die Abwanderung im Osten zu tun, kümmert sich Schröder um mehr Zuwanderung nach Deutschland!

Natürlich braucht Deutschland als High-Tech-Land das Wissen und Können hochqualifizierter ausländischer Fachkräfte. Bei de facto 5,6 Millionen Arbeitslosen und am Vorabend der EU-Osterweiterung gibt es aber keine Notwendigkeit für ein ungesteuertes Mehr an Zuwanderung.

Wir brauchen eine wirksame Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung

Deshalb brauchen wir eine wirksame Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz führt aber zu einer Erweiterung der Zuwanderung nach Deutschland:

- Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer wird generell aufgehoben, also nicht nur für Mangelberufe.
- Ausländer sollen in einem Auswahlverfahren ohne konkretes Arbeitsplatzangebot und ohne Bedarfsprüfung auf Dauer nach Deutschland kommen dürfen.

Ich werde nicht verstehen, warum auch SPD-Ministerpräsidenten aus den neuen Ländern diesem Gesetz im Bundesrat zugestimmt haben! In den neuen Ländern brauchen die Menschen mehr Arbeit und weniger Abwanderung. Aber doch nicht mehr Zuwanderung!

Eine gute Zukunft in den neuen Ländern lässt sich aber nicht allein mit einem eigenen Programm für den Osten sichern. Professor Rüdiger Pohl, der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, bringt es auf den Punkt. Er sagt: „Die beste

Politik für den Osten ist eine, die Deutschland im ganzen voran bringt.“

Was ist zu tun? Das Schlimmste ist das Nichtstun dieser Regierung und das Warten auf besseres Wetter, sprich eine bessere Weltkonjunktur. Rot-Grün verweigert Ideen und Lösungen und jeden Tag wird die Situation schlimmer!

Die Sozialdemokraten haben letzten Mittwoch ihr Wahlprogramm für die nächsten vier Jahre präsentiert. Es zeichnet sich durch blanken Zynismus aus: Die verheerende wirtschaftspolitische Bilanz der Bundesregierung wertet SPD-Wahlprogramm wie folgt: „Diese vier Jahre haben sich gelohnt für unser Land“.

Deutschland muss wieder nach vorne kommen

Und Konzepte für die Zukunft sucht man vergeblich. Der Tenor lautet vielmehr: Im Westen nichts Neues. Und im Osten ist Schweigen.

Deutschland muss wieder nach vorne kommen! Deutschland braucht eine Rundum-Erneuerung! Wir müssen die Wirtschaftsschwäche beheben! Wir müssen Arbeitsplätze schaffen! Es ist jetzt Zeit für Taten! Wir, CDU und CSU, wollen anpacken für den Aufschwung in Deutschland!

Kernstück unserer Vorstellungen ist das Konzept „3 mal 40 Prozent“. Das heißt:

- Absenkung des Spitzensteuersatzes auf maximal 40 %,
- Absenkung des Staatsanteils am Sozialprodukt auf maximal 40 %,
- Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf maximal 40 %.

Die Steuerpolitik von Rot-Grün schafft keine Dynamik: Rot-Grün hat zwar die

Lohn- und Einkommensteuer gesenkt, aber gleichzeitig Steuern massiv erhöht: die Ökosteuer, die Tabak- und die Versicherungssteuer. Gleichzeitig wurden Freibeträge gekürzt. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die den Menschen das, was sie in die rechte Tasche hineinsteckt hat, aus der linken Tasche wieder herauszieht!

Wir werden deshalb die Steuerbelastung für alle effektiv senken! Wir werden mittelfristig und schrittweise den Eingangsteuersatz auf unter 15 % und den Spitzensteuersatz auf unter 40 % senken. Durch einen flacheren linear-progressiven Tarifverlauf sollen Durchschnittsverdiener nicht mehr in die Nähe des Höchststeuersatzes kommen.

Und wir werden in einem ersten Schritt die nächste Ökosteuerstufe nicht in Kraft setzen. Die Ökosteuer belastet die Menschen im Osten besonders, denn hier sind die Anfahrtswege zur Arbeitsstelle in der Regel weiter und wegen der noch bestehenden Lücken im Straßennetz oft auch beschwerlicher als im Westen.

Die Steuerpolitik von Rot-Grün ist wirtschaftspolitisch verfehlt und sozial ungerecht.

Anstatt den Job-Motor Mittelstand zu fördern, entlastet Rot-Grün vor allem Großunternehmen. Der Mittelstand zahlt die Zeche. Es ist doch eine soziale Schieflage: Die großen Unternehmen in Deutschland haben im Jahr 2000 noch 23 Milliarden Euro Körperschaftssteuer bezahlt. Im Jahr 2001 haben sie rund 400 Millionen Euro ausbezahlt bekommen. Der Mittelstand aber wird weiter wie bisher zur Kasse gebeten.

Wir werden die Benachteiligung der Personunternehmen gegenüber den Kapitalgesellschaften im Steuerrecht beseitigen,

vor allem durch Verbesserungen bei der Einkommenssteuer.

Den Arbeitsmarkt entriegeln und Einstellungshürden abbauen

Der Mittelstand braucht auch bessere Rahmenbedingungen. Dann schafft er auch verstärkt neue Arbeitsplätze. Das heißt: Arbeitsmarkt entriegeln und Einstellungshürden abbauen!

Rot-Grün hat einen generellen Anspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt. Gerade kleinere Unternehmen überlegen sich unter diesen Bedingungen zwei Mal, ob sie jemanden neu einstellen.

Wir werden diese Teilzeitregelung ändern! Sie soll nicht länger als faktische Einstellungsbremse wirken und vor allem Alleinerziehenden und Pflegenden mehr echte Chancen auf Teilzeitarbeit eröffnen.

Rot-Grün hat den Start in die Selbständigkeit massiv erschwert. Wir werden das rot-grüne Gesetz gegen die sogenannte „Scheinselbständigkeit“ wieder aufheben. Damit werden wir Überreglementierungen und bürokratischen Hemmnisse beseitigen.

Rot-Grün hat die Mitbestimmung unnötig aufgebläht. Das führt gerade beim Mittelstand zu hohen Kosten und motiviert nicht zu Neueinstellungen.

Für CDU und CSU stand die hohe Bedeutung von Betriebsräten nie in Frage! Die Betriebsräte in Deutschland leisten mit hohem persönlichen Einsatz einen unverzichtbaren Beitrag zum innerbetrieblichen Frieden. Das verdient Anerkennung und Respekt!

Die Betriebsverfassung muss aber den Anforderungen der modernen Arbeitswelt entsprechen. Es kommt immer mehr auf Eigenständigkeit, selbständiger Entschei-

dungskompetenz und innerbetrieblicher Kreativität an. Dem trägt das rot-grüne Gesetz keine Rechnung.

Wir werden das Betriebsverfassungsgesetz deshalb ändern. Insbesondere werden wir die personelle Vergrößerung des Betriebsrats rückgängig machen und das Mitbestimmungsverfahren insgesamt beschleunigen.

Rot-Grün hat die geringfügige Beschäftigung mit dem 630-Mark-Gesetz verteuert und verbürokratisiert. Das hat Arbeitsplätze vernichtet. CDU und CSU haben einen Vorschlag für eine Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gemacht, mit dem 700.000 bis 800.000 neue Stellen in Deutschland entstehen können:

- Wir wollen erstens die Grenze für die geringfügige Beschäftigung von 325 Euro auf 400 Euro erhöhen.
- Wir wollen zweitens zwischen 400 Euro und 800 Euro die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer linear ansteigen lassen.
- Wir wollen drittens bei Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern wirksame Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen.
- Und wir wollen viertens auch dafür sorgen, dass Arbeitsunwillige nicht von Leistungskürzungen verschont bleiben.

Für uns gilt: Nur die wirklich Bedürftigen sollen von den sozialen Sicherungssystemen profitieren.

Deshalb werden wir für erwerbsfähige Arbeitslosen- und Sozialhilfebezieher die finanzielle Unterstützung an die Pflicht binden, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, sich auf andere Weise für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu qualifizieren oder gemeinnützige Arbeit zu leisten.

Und wir wollen eine Beweislastumkehr:

Wir halten es für zumutbar, dass der arbeitsfähige Empfänger von Sozialtransfers nachweist, wie er sich wirklich ernsthaft um Arbeit bemüht.

„Fördern und fordern“ – das ist für uns Leitlinie der Arbeitsmarktpolitik, denn Rechte und Pflichten gehören zusammen!

Arbeitslose besser fördern heißt: Wir wollen die Bundesanstalt für Arbeit dezentralisieren und straffen. In den Arbeitsämtern soll die Kernaufgabe Arbeitsvermittlung gestärkt werden, auch durch mehr Wettbewerb mit privaten Anbietern.

Gerade für einen stärkeren Wettbewerb durch mehr private Vermittler haben sich CDU und CSU schon seit Jahren eingesetzt. Noch 1997 hat die SPD in der Opposition entsprechende Pläne der unionsgeführten Bundesregierung verhindert. Jetzt hat die SPD ihre Meinung geändert. Fünf wertvolle Jahre wurden so verschenkt!

Eine neue Kultur des Förderns und Forderns durch Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Ein wesentlicher konzeptioneller Schritt zu einer neuen Kultur des Förderns und Forderns besteht auch in der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die bisherigen Verschiebeaktionen zwischen den Kommunen als Trägern der Sozialhilfe und den für die Arbeitslosenhilfe zuständigen Arbeitsämtern müssen vermieden werden.

Deshalb sollen Arbeits- und Sozialämter in den neuen Job-Centern zusammenarbeiten, um eine flexible Förderung aus einer Hand zu ermöglichen.

Wir schaffen mit unserer Politik zugleich Spielräume, um den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken.

Schröder hat eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge versprochen. Die Realität sieht anders aus: Die Sozialabgabenlast steigt – das verteuert die Arbeit und ist Gift für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Beispiel Gesundheitsreform: Der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung ist unter Rot-Grün auf über 14 % gestiegen – trauriger Rekord in der deutschen Geschichte! Der Grund hierfür: Eine völlig misslungene rot-grüne Gesundheitsreform, die sich durch unsinnige Experimente, Budgetierung und Dirigismus auszeichnet.

Die steigenden Beiträge führen aber nicht zu besseren Leistungen – im Gegenteil: 70 Prozent der Menschen in Deutschland haben heute Angst vor einer Zwei-Klassen-Medizin, bei der sich Reiche Gesundheit kaufen können und der Normalbürger außen vor bleibt. (Allensbach, FAZ, 17. April)

Diese Angst ist leider berechtigt: Den Patienten werden zunehmend Leistungen und Arzneimittel verweigert. Wartezeiten sind immer häufiger an der Tagesordnung. Dieser rot-grüne Irrweg in die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden!

Wir schlagen eine umfassende Strukturreform des Gesundheitswesens vor, bei der die Patientinnen und Patienten im Mittel-

punkt stehen. Dabei müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass sich auch in Zukunft alle medizinisch notwendigen Leistungen erhalten.

- Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem innovative Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen.
- Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem sich Leistung und Arbeit lohnen, in dem selbstbewusste Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und Verantwortung tragen.
- Wir wollen Deutschland wieder zu einem Land machen, in dem trotz der demografischen Entwicklung die soziale Balance zwischen Jung und Alt, zwischen Schwachen und Starken, zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten gewahrt bleibt.

Dafür brauchen wir am 22. September den Wechsel in Deutschland! Für diesen Wechsel stehen die Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und ich.

Für diesen Wechsel werde ich, werden wir, CDU und CSU, im Osten und im Westen, im Süden und im Norden Deutschlands mit aller Kraft kämpfen!



Die CDU hat bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt einen überwältigenden Vertrauensbeweis der Menschen bekommen:

- *Die CDU wurde mit weitem Abstand stärkste Partei im Land.*
- *Die CDU hat trotz gesunkener Wahlbeteiligung als einzige Partei neben der FDP Stimmen hinzugewonnen: über 100.000 Stimmen plus. Die SPD hat über 300.000 Wählerinnen und Wähler verloren, die PDS fast 60.000.*
- *Die CDU wurde von allen Gruppen und Bevölkerungsschichten gleichermaßen gewählt. Bemerkenswert dabei: Sowohl unter den Arbeitslosen als auch unter den Arbeitern wurde die CDU mit Abstand stärkste Kraft.*
- *Die CDU wurde in allen Altersschichten stärkste Kraft. Besonders erfreulich das gute Abschneiden bei den Erst- und Jungwählern.*
- *Und die Union insgesamt hat jetzt im Bundesrat die Gestaltungsmehrheit zurückgewonnen.*